



Permanent Mission  
of the Federal Republic of Germany  
to the United Nations  
New York

Note No. 140/2019

Note Verbale

The Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations presents its compliments to the Office of Legal Affairs and, with reference to General Assembly resolution 73/208 of 20 December 2018, entitled “The scope and application of the principle of universal jurisdiction,” has the honour to forward Germany’s input.

A translation is also enclosed.

The Permanent Mission of the Federal Republic of Germany to the United Nations avails itself of this opportunity to renew to the Office of Legal Affairs the assurances of its highest consideration.

New York, 22 March 2019



Mr. Miguel de Serpa Soares  
Under-Secretary-General  
for Legal Affairs and United Nations Legal Counsel  
United Nations  
Secretariat Building S-3620  
New York, NY 10017

## I. Rechtliche Grundlagen

Durch das deutsche Völkerstrafgesetzbuch (VStGB), das am 30. Juni 2002 in Kraft getreten ist (BGBl. I 2254), werden schwerste Völkerrechtsverbrechen unter Strafe gestellt. Hierzu gehören Völkermord (§ 6 VStGB), Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 VStGB) und Kriegsverbrechen (§§ 8 bis 12 VStGB) sowie seit dem 1. Januar 2017 das Verbrechen der Aggression (§ 13 VStGB). Das VStGB findet nur auf Straftaten Anwendung, die nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen wurden. Straftaten vor dem 30. Juni 2002 sind nach früherem Recht zu beurteilen.

Zuständig für die Verfolgung von Straftaten nach dem VStGB ist nach § 120 Absatz 1 Nummer 8 und § 142a des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) grundsätzlich der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (GBA), sofern er das Verfahren nicht wegen „minderer Bedeutung“ im Sinne des § 142a Absatz 2 Nummer 2 GVG an eine Landesstaatsanwaltschaft abgibt. Dies ist der Fall, wenn das Verfahren sich von durchschnittlichen Strafverfahren im Hinblick auf den Umfang, die Schwere des Rechtsverstoßes oder ihre Bedeutung für den Täter oder den Verletzten nach unten abhebt. Insgesamt hat der GBA bisher vier Verfahren nach dem VStGB an Länderstaatsanwaltschaften abgegeben. Es handelt sich dabei ausnahmslos um sogenannte "Posing-Fälle" nach § 8 Abs. 1 Nummer 9 VStGB, in denen sich die Beschuldigten mit Leichen(-teilen) gegnerischer Kämpfer ablichten ließen.

Nach § 1 Satz 1 VStGB gilt für die Verbrechenstatbestände Völkermord (§ 6 VStGB), Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 7 VStGB) und Kriegsverbrechen (§§ 8 bis 12 VStGB) das uneingeschränkte Weltrechtsprinzip; für das Verbrechen der Aggression (§ 13 VStGB) ist der Anwendungsbereich des VStGB hingegen nur bei einem konkreten Deutschlandbezug eröffnet (§ 1 Satz 2 VStGB).

Verbrechen sind nach § 12 Absatz 1 des Strafgesetzbuchs (StGB) rechtswidrige Taten, die im Mindestmaß mit Freiheitsstrafe von einem Jahr oder darüber bedroht sind. Das bedeutet, dass diese Taten ungeachtet des Tatorts und der Staatsangehörigkeit des Täters immer dem deutschen Strafrecht unterliegen. Jedoch legitimiert diese uneingeschränkte Geltung des deutschen Strafrechts nicht ohne weiteres auch eine uneingeschränkte Strafverfolgung insbesondere dann, wenn weder ein Tatverdacht gegen einen Deutschen besteht noch die Tat gegen einen Deutschen begangen wurde.

Der deutsche Gesetzgeber hat deshalb in § 153f StPO differenziert abgestufte Einschränkungen der Verfolgungspflicht vorgesehen. In erster Linie sind danach der Tatortstaat und der Heimatstaat von Täter und Opfer sowie ein zuständiger internationaler Gerichtshof zur Verfolgung berufen. Dies rechtfertigt sich aus dem besonderen Interesse des Heimatstaates von Täter und Opfer an der Strafverfolgung sowie aus der regelmäßig größeren Nähe der vorrangig berufenen Gerichtsbarkeiten zu den Beweismitteln.

Es gibt keine rechtlichen Beschränkungen, was die Anwesenheit des Beschuldigten auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland angeht; dies gilt insbesondere in Fällen, in denen ein Tatverdacht gegen einen Deutschen besteht oder die Tat gegen einen Deutschen begangen wurde.

## **II. Urteile**

In Deutschland gab es auf Anklage des GBA bereits drei rechtskräftige Verurteilungen (gegen Straton M., Aria L. und Abdelkarim El B.) sowie einen rechtskräftigen Freispruch (Omaid N.) aufgrund von Kriegsverbrechen nach dem VStGB. Daneben sind derzeit die folgenden fünf Verfahren auf Grundlage des VStGB anhängig:

1. Das Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart verurteilte am 28. September 2015 den 52-jährigen RWA Staatsangehörigen Dr. Ignace M. wegen Rädelsführerschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung „Forces Démocratiques de Libération du Rwanda“ (FDLR) in Tateinheit mit Beihilfe zu vier Kriegsverbrechen nach dem VStGB zu der Freiheitsstrafe von 13 Jahren. Auf die Revision des und diejenige des GBA hat der Bundesgerichtshof (BGH) das Urteil im Schuldspruch aufgehoben; einen Großteil der Feststellungen jedoch aufrechterhalten. Die Sache wurde zu neuer Verhandlung und Entscheidung an einen anderen Strafsenat des OLG Stuttgart zurückverwiesen.

2. Mit Urteil des OLG Frankfurt vom 24. September 2018 (Aktenzeichen: 5-3 StE 4/16-4-3) wurde Abdelkarim El B. in anderer Sache wegen Beihilfe zu einem Kriegsverbrechen gegen Personen in Tateinheit mit mitgliedschaftlicher Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung im Ausland schuldig gesprochen und unter Einbeziehung der rechtskräftigen Vorverurteilung zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 10 Jahren verurteilt. Das Gericht stellte fest, dass der Angeklagte sich am 9. November 2013 als Mitglied des sog. ISIG an der grausamen und unmenschlichen Behandlung einer nach dem humanitären Völkerrecht geschützten Person beteiligt hat. Er begab sich auf die Anweisung eines „Emir“ genannten Anführers in ein Gebäude an einem nicht genau bekannten Ort in oder in der Nähe von

Aleppo. Dort wollten mindestens sieben Mitglieder des „ISIG“ einen in ihrer Gewalt befindlichen Mann, den sie einer in Gegnerschaft zum „ISIG“ stehenden Organisation zuordneten, durch Schläge und Tritte sowie durch die Drohung, ihn mit Stromschlägen zu foltern, zu einer Aussage veranlassen. Der Angeklagte filmte auf Befehl des „Emirs“ das mindestens zehn Minuten dauernde Geschehen mit seinem Mobiltelefon.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

3. Darüber hinaus verurteilte das OLG Stuttgart am 20. September 2017 (3 StE 5/16-4) den SYR Staatsangehörigen Suliman Al S. wegen Beihilfe zu einem mit erpresserischem Menschenraub, versuchter schwerer räuberischer Erpressung in drei tateinheitlichen Fällen und schwerer Freiheitsberaubung tateinheitlich zusammentreffenden Kriegsverbrechen gegen humanitäre Operationen gemäß § 10 Absatz 1 Nummer 1 VStGB zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten. Nach den Feststellungen des Senats wurde ein Mitarbeiter der Mission der VN auf den Golanhöhen (United Nations Disengagement Observer Force – UNDOF), der im Prozess als Nebenkläger beteiligt war, am 17. Februar 2013 in der Nähe von Damaskus entführt und dann in einem Gebäude südwestlich von Damaskus gefangen gehalten. In der Folgezeit erhob die Gruppierung - im Ergebnis allerdings erfolglos - Lösegeldforderungen gegenüber den VN, der CAN Regierung sowie der Familie des Entführten. Der Nebenkläger konnte am 16. Oktober 2013 eine Gelegenheit zur Flucht nutzen.

Der Senat sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte sich während der Gefangenschaft des Nebenklägers innerhalb eines Monats im Frühjahr 2013 an sieben Tagen als Elektriker und als Bewacher des Gefangenen bereit erklärt hatte, die Gruppe, in deren Gewalt sich der Nebenkläger befand, darin zu unterstützen, diesen auch weiterhin gefangen zu halten, um so Lösegeld erpressen zu können.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Entscheidung des OLG Stuttgart wurde mit Urteil des BGH vom 23.08.2018 ( 3 StR 149/18) im Schuldspruch geändert und im Strafausspruch aufgehoben, wobei die zugehörigen Feststellungen aufrechterhalten wurden. Die Sache wurde zu neuer Verhandlung und Entscheidung an einen anderen Strafsenat des OLG Stuttgart zurückverwiesen.

4. Das OLG Düsseldorf hat am 24. September 2018 (III -5 StS 3/16) den 43-jährigen SYR Staatsangehörigen Ibrahim Al F. wegen Kriegsverbrechen zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt und die besondere Schwere der Schuld festgestellt. Nach den Feststellungen des Gerichts war der Angeklagte verantwortlich für Kriegsverbrechen in Form von Folter und Mord sowie Entführungen. Als Milizenführer unter dem Dach der Freien Syrischen Armee hatte er in Aleppo unter seinem Kampfnamen Abu Dhib („Vater des

Wolfes“) eine grausame Schreckensherrschaft ausgeübt und dabei Gefangene schwer misshandelt und gefoltert. Dieses Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

5. Das OLG Celle (5 StS – 1/18) hat am 13.12.2018 in einem gegen drei Brüder SYR Staatsangehörigkeit geführten Verfahren zwei Brüder wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland („Jabhat al-Nusra“) zu Freiheitsstrafen verurteilt, sie aber wegen weitergehender Anklagepunkte (Vorwurfs des Kriegsverbrechens nach dem VStGB - Vertreibung von nach dem humanitären Völkerrecht zu schützenden Personen sowie Plünderungen, Kriegsverbrechen gemäß § 8 Absatz 1 Nummer 6 VStGB und § 9 Absatz 1 VStGB) freigesprochen. Das Urteil ist nicht rechtskräftig.

### **III. Anklagen**

In folgenden weiteren laufenden Verfahren hat der Generalbundesanwalt Anklage nach dem VStGB erhoben:

1. Vor dem OLG Stuttgart wird derzeit gegen drei syrische Staatsangehörige wegen des Verdachts der Begehung von Kriegsverbrechen nach § 8 Absatz 1 Nummer 1 und 7 VStGB verhandelt. Ihnen wird vorgeworfen, im März 2013 auf einem Müllplatz in der Nähe der syrischen Stadt Tabka insgesamt 36 Mitarbeiter der syrischen Regierung, die zuvor bei der Eroberung der Stadt Rakka gefangen genommen worden waren, getötet zu haben. Die Hinrichtungen erfolgten in Vollstreckung eines Urteils eines Scharia-Richters der Jabhat al-Nusra.

2. Vor dem Kammergericht Berlin wird ein Verfahren gegen Raad Riyadh A. und Abbas R geführt. Die Beschuldigten sind verdächtig im Oktober 2014 im irakischen Dorf Dourat Qasim al Khayyat in der Nähe Mossuls als Mitglieder des IS an der Hinrichtung eines irakischen Offiziers beteiligt gewesen zu sein. Dabei ist Raad Riyadh A. verdächtig, den gefangenen irakischen Offizier gemeinsam mit weiteren Mitgliedern des IS zum Hinrichtungsort geleitet und an der Erschießung mitgewirkt zu haben. Abbas R. ist verdächtig, als Jugendlicher direkt vor der Erschießung des Opfers dieses im Bewusstsein der bevorstehenden Hinrichtung in schwerwiegender Weise beschimpft, beleidigt und bespuckt zu haben.

3. Mit Anklageschrift vom 29. November 2018 hat der GBA gegen den syrischen Staatsangehörigen Mohamad K. vor dem OLG Stuttgart Anklage erhoben. Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt, als zur Freien Syrischen Armee (FSA) zugehörige

Person, die durch den militärischen Einsatz seiner Gruppierung gewonnene Herrschaftsgewalt und die Bürgerkriegswirren ausgenutzt zu haben, um im Zeitraum Januar 2012 bis 20. Januar 2013 zwei bislang unbekannte Personen zu foltern, indem er sie mit seilartigen Gegenständen geschlagen hat. Die beiden Männer gehörten als sogenannte „Shabih“ zu irregulär bewaffneten Gruppen, die auf Seiten der syrischen Regierung kämpften und wurden von dem Beschuldigten und seinen Mittätern dem regierungstreuen Personenkreis zugerechnet.

Der Beschuldigte befindet sich aufgrund des Haftbefehls des Ermittlungsrichters des BGH aufgrund dieser Sache seit dem 20. Juni 2018 in Untersuchungshaft.

4. Der GBA hat am 20. Dezember 2018 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart Anklage gegen die deutsche Staatsangehörige Sabine Ulrike Sch. erhoben. Der Beschuldigten wird vorgeworfen sich als Mitglied an der ausländischen terroristischen Vereinigung „Islamischer Staat (IS)“ beteiligt sowie sich, ohne dass dies durch die Erfordernisse des bewaffneten Konflikts geboten war, Sachen der gegnerischen Partei in erheblichem Umfang völkerrechtswidrig angeeignet zu haben. Zudem werden ihr Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz sowie gegen das Waffengesetz zur Last gelegt. Die Anklage geht u. a. davon aus, dass die Beschuldigte Anfang März 2014 gemeinsam mit ihrem Ehemann nach islamischem Ritus in Manbij ein von dem „IS“ zur Nutzung überlassenes Haus bezogen hat. Dieses hatte der „IS“ unter seine Verwaltung gestellt, nachdem die rechtmäßigen Bewohner vor dem „IS“ geflohen waren. Außerdem erhielten sie neue Haushaltsgeräte, die aus einer durch den „IS“ geplünderten Fabrik stammten. Anschließend zogen sie im Juni/Juli 2014 in eine möblierte Wohnung in der Stadtmitte von Raqqa. Auch dieses Anwesen war von dem „Islamischen Staat“ in seinen Besitz genommen worden, nachdem die rechtmäßigen Bewohner durch den „IS“ vertrieben oder vor ihm geflohen waren.

#### **IV. Ermittlungsverfahren**

Der GBA hat zudem im Jahr 2018 mehrere Ermittlungsverfahren eingeleitet, von denen folgende Verfahren berichtenswert sind:

1. Im November 2016 hat der GBA ein Ermittlungsverfahren gegen den irakischen Staatsangehörigen Mohammed Abbas Y. eingeleitet. Dieser ist verdächtig spätestens seit dem 3. August 2014 bis zu einem nicht näher bestimmbar Zeitpunkt im April 2015 als Mitglied des „Islamischen Staates“ Milizenführer in zu Gefängnissen umgewandelten Liegenschaften in Tal Afar, Kaser El Maharab und Umgebung sowie in Mosul, jeweils im

Gouvernement Ninawa im Irak, in denen jesidische Verschleppte unter katastrophalen Bedingungen unrechtmäßig inhaftiert worden waren, gewesen zu sein. Er ist verdächtig, in dieser Funktion Frauen und Mädchen geschlagen, den Verkauf von Frauen und Mädchen als Sklavinnen unterstützt und organisiert, selber zwei jesidische Frauen erworben sowie in mindestens drei Fällen eine 17-jährige Frau vergewaltigt zu haben.

Auf Antrag des GBA hat der Ermittlungsrichter des BGH aufgrund dieser Vorwürfe einen Haftbefehl erlassen aufgrund dessen der Beschuldigte weltweit zur internationalen Fahndung ausgeschrieben wurde.

2. Der GBA führt seit Mai 2018 ein Ermittlungsverfahren gegen Jamil A. H. wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach dem VStGB. Dem Beschuldigten wird zur Last gelegt in der Zeit vom 29. April bis August 2013 als Leiter des syrischen Geheimdienstes der Luftwaffe im Rahmen eines systematischen und ausgedehnten Angriffs auf eine Zivilbevölkerung in Syrien selbst, durch andere gemeinschaftlich und als militärischer Befehlshaber mindestens 352 Menschen getötet, eine noch zu ermittelnde Anzahl, mindestens jedoch sieben Menschen gefoltert, eine noch zu ermittelnde Anzahl, mindestens jedoch einem Menschen andere körperliche oder seelische Schäden zugefügt und eine noch zu ermittelnde Anzahl, mindestens jedoch drei andere Menschen unter Verstoß gegen eine allgemeine Regel des Völkerrechts in schwerwiegender Weise der Freiheit beraubt zu haben. Der BGH erließ auf Antrag des GBA gegen den Beschuldigten einen Haftbefehl. Dieser Haftbefehl wurde weltweit ausgeschrieben.

3. Im Juli 2018 hat der GBA ein Ermittlungsverfahren gegen den syrischen Staatsangehörigen Nehad S. eingeleitet. Der Beschuldigte ist verdächtig seit Anfang 2011 bis mindestens zum 17. August 2012 Leiter des Gefängnisses in Tadmor bei Palmyra gewesen zu sein und im Rahmen eines ausgedehnten und systematischen Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung selbst, durch einen anderen, gemeinschaftlich und als militärischer Befehlshaber durch eine Handlung mindestens drei Menschen getötet zu haben, eine noch genauer zu ermittelnde Anzahl von Menschen, mindestens aber neun, die sich in seinem Gewahrsam oder in sonstiger Weise unter seiner Kontrolle befanden, gefoltert zu haben, indem er ihnen erhebliche körperliche oder seelische Schäden oder Leiden zufügte, die nicht lediglich Folge völkerrechtlich zulässiger Sanktionen sind und eine noch genauer zu ermittelnde Anzahl von anderen Menschen, mindestens aber neun, schwere körperliche oder seelische Schäden, zugefügt zu haben.

4. Im September 2018 hat der GBA ein Ermittlungsverfahren gegen Shahab Ahmed Al W. alias „Abu Diab“ eingeleitet. Dieser ist verdächtig seit dem 3. August 2014 bis zum

5. November 2015 als Mitglied des „Islamischen Staates“ als Milizenführer in den Orten Tel Azir, Siba Sheikh Khidir, Kocho, Solagh, Mosul, Baaj und weiteren Orten im Gouvernement Ninawa im Irak tätig gewesen zu sein. In dieser Funktion soll er jesidische Männer, Frauen und Kinder gefangen genommen, sich an deren Verbringung sowie Beaufsichtigung in zu Gefängnissen umgewandelten Liegenschaften in Siba Sheikh Khidir, Baaj, Kocho, Solagh und Mosul beteiligt haben, den Verkauf von Frauen und Mädchen als Sklavinnen unterstützt und organisiert sowie selbst mindestens vier jesidische Frauen erworben oder als Sklavinnen gehalten haben, eine davon zeitweise in SYR, nämlich in Raqqa, zu seiner Pflege während einer Heilbehandlung sowie mindestens drei Frauen und Mädchen in mehreren Fällen vergewaltigt zu haben, wobei eines der Mädchen zur Tatzeit elf Jahre alt war.

Auf Antrag des GBA hat der Ermittlungsrichter des BGH aufgrund dieser Vorwürfe einen Haftbefehl erlassen aufgrund dessen der Beschuldigte zur internationalen Fahndung ausgeschrieben wurde.

5. Der GBA führt seit November 2018 ein Ermittlungsverfahren gegen Murat D. wegen des Vorwurfs der Beteiligung am Menschenhandel mit Frauen und Mädchen als Mitglied des „Islamischen Staat“ (IS) zwischen August 2014 und Mitte 2017. Dabei soll der Beschuldigte selbst zwei jesidische Frauen als Sklavinnen erworben haben, von denen er mit mindestens einer Frau eine Zwangsehe einging und diese vergewaltigt hat.



Translation

## I. Legal basis

The German Code of Crimes against International Law (CCAIL), which entered into force on 30 June 2002 (Federal Law Gazette I p. 2254), made sure that the most serious crimes against international law were also criminal offences under German law. These include genocide (section 6 of the CCAIL), crimes against humanity (section 7) and war crimes (sections 8 to 12) and, since 1 January 2017, the crime of aggression (section 13). The CCAIL only applies to criminal offences committed after it entered into force. Criminal offences committed before 30 June 2002 are dealt with in accordance with prior legislation.

Responsibility for bringing prosecutions under the CCAIL lies, pursuant to sections 120 (1) 8 and 142a of the Courts Constitution Act, with the Federal Prosecutor General, unless he transfers the case to a *Land* public prosecution office under section 142a (2) 2 as a “case of lesser importance”. This applies if the case is less serious than the average criminal proceedings as regards the complexity of the proceedings, the severity of the crime or its significance to the perpetrator or the victim. The Federal Prosecutor General has to date transferred a total of four cases under the CCAIL to the *Land* public prosecution offices. These were all so-called “posing cases” brought under section 8 (1) 9 of the CCAIL, in which the accused posed for photos with the bodies or body parts of rival fighters.

The first sentence of section 1 of the CCAIL states that the principle of unlimited universal jurisdiction applies to genocide (section 6), crimes against humanity (section 7) and war crimes (sections 8 to 12). However, crimes of aggression (section 13) only fall within the scope of application of the CCAIL if the offence bears a concrete relation to Germany (second sentence of section 1).

Section 12 (1) of the German Criminal Code defines crimes as unlawful acts punishable by a minimum sentence of one year’s imprisonment. That means that these unlawful acts are always subject to German criminal law, regardless of where they were committed or the nationality of the perpetrator. However, this general applicability of German criminal law does not automatically legitimise universal prosecution, especially when the suspect is not a German and the crime was not committed against a German national.

Section 153f of the Code of Criminal Procedure therefore contains a differentiated set of circumstances under which a prosecution does not have to be brought. It assumes that

bringing a prosecution is primarily the responsibility of the state in which a crime was committed or of the home countries of the perpetrator and victim, or of any competent international court. This view is justified by the special interest the home countries of the perpetrator and victim have in the prosecution, as well as by the fact that the jurisdictions with primary responsibility are, as a rule, better positioned to gather evidence.

There are no legal restrictions resulting from the absence of the accused from the territory of the Federal Republic of Germany; this applies in particular to cases in which a German national is suspected of having committed a crime or a crime has been committed against a German national.

## **II. Court judgements**

Prosecutions brought by the Federal Prosecutor General in Germany in cases concerning war crimes under the CCAIL have so far resulted in three final and binding convictions (against Straton M., Aria L. and Abdelkarim El B.) and one final and binding acquittal (Omaid N.). The following five cases brought under the CCAIL are still pending:

1. On 28 September 2015, the Higher Regional Court in Stuttgart convicted the 52-year-old Rwandan national Dr Ignace M. of playing a leading role in a foreign terrorist organisation, the “Forces Démocratiques de Libération du Rwanda” (FDLR) and of aiding and abetting four war crimes under the CCAIL. He was sentenced to 13 years’ imprisonment. The Federal Court of Justice quashed the conviction upon appeal filed by the defendant and the Federal Prosecutor General. However, it upheld most of the lower court’s findings. The case has been referred back to a different criminal division of the Stuttgart Higher Regional Court for a retrial.

2. In a separate case, Abdelkarim El B. was found guilty of aiding and abetting a war crime against persons and being a member of a terrorist organisation abroad by the Higher Regional Court in Frankfurt on 24 September 2018 (file no. 5-3 StE 4/16-4-3), and, taking into consideration previous final convictions, was sentenced to a total of 10 years imprisonment. The court held that the accused had, as a member of the so-called Islamic State of Iraq and Greater Syria (ISIS), participated on 9 November 2013 in the cruel and inhuman treatment of a person protected under international humanitarian law. Acting on orders from a commander known as an emir, he entered a building located somewhere in or near Aleppo. There at least seven members of ISIS were beating and kicking a man they believed belonged to a rival organisation, and threatening to torture him with electric shocks,

in order to obtain information from him. On the orders of the emir, the accused filmed the episode, which lasted at least ten minutes, on his mobile telephone.

The conviction is not yet final.

3. Furthermore, on 20 September 2017, the Higher Regional Court in Stuttgart convicted the Syrian national Suliman Al S. (file no. 3 StE 5/16-4) of aiding and abetting war crimes against humanitarian operations pursuant to section 10 (1) 1 of the CCAIL by committing acts which also constituted abduction for the purpose of blackmail, three counts of attempted serious cases of blackmail and use of force or threats against life or limb and a serious case of unlawful imprisonment. He was sentenced to three and a half years imprisonment. The court found that a member of the UN mission on the Golan Heights (United Nations Disengagement Observer Force - UNDOF), who had joined the court proceedings as joint plaintiff, had been kidnapped on 17 February 2013 near Damascus and held captive in a building to the south-west of the city. In the months that followed, the group made ransom demands to the UN, the Canadian Government and the hostage's family – albeit with no success. The joint plaintiff managed to escape on 16 October 2013.

The court considered it proven that the defendant had agreed to assist the group holding the joint plaintiff in their efforts to keep him captive in order to obtain a ransom and worked for them for seven days one month in the spring of 2013 as an electrician and guard.

The conviction is not yet final. In a ruling of 23 August 2018 (3 StR 149/18), the Federal Court of Justice amended the conviction and revoked the sentence passed down by the Higher Regional Court. It did however uphold the associated findings of the lower court. The case has been referred back to a different criminal division of the Stuttgart Higher Regional Court for a retrial.

4. The Higher Regional Court in Düsseldorf convicted the 43 year-old Syrian national Ibrahim Al F. of war crimes on 24 September 2018 (III -5 StS 3/16) and sentenced him to life imprisonment, taking note of the particular seriousness of his guilt. The court held that the defendant was responsible for war crimes, specifically torture, murder and kidnappings. As a militia leader under the umbrella of the Free Syrian Army he led a reign of terror in Aleppo under his nom de guerre Abu Dhib ("Father of the Wolf"), subjecting prisoners to serious ill-treatment and torture. This conviction is not yet final.

5. In a case against three Syrian brothers, the Higher Regional Court in Celle decided on 13 December 2018 (5 StS – 1/18) to convict two of them for supporting a terrorist organisation abroad (Jabhat al-Nusra) and handed down prison sentences. However, it acquitted them of all further charges (war crimes under the CCAIL - expulsion of persons due

protection under international humanitarian law and pillaging (sections 8 (1) 6 and 9 (1) CCAIL)). The conviction is not yet final.

### **III. Indictments**

The Federal Prosecutor General has brought charges under the Code of Crimes Against International Law (CCAIL) in the following cases:

1. Proceedings against three Syrian nationals suspected of having committed war crimes under section 8 (1) 1 and 7 CCAIL are being heard by Stuttgart Higher Regional Court. These persons are accused of having killed a total of 36 employees of the Syrian Government at a rubbish dump outside the Syrian town of Tabka in March 2013. The victims had been captured when the town of Rakka was taken, and sentenced to death by a Sharia judge belonging to Jabhat al-Nusra.

2. Proceedings against Raad Riyadh A. and Abbas R. are under way before the Higher Regional Court in Berlin. They are suspected of having been members of IS and as such of participating in the execution of an Iraqi officer in the Iraqi village of Dourat Qasim al Khayyat near Mosul in October 2014. Raad Riyadh A. is suspected, with other members of IS, of having taken the captive Iraqi officer to the place of execution and of being involved in the shooting as such. Abbas R. is suspected of having, as a juvenile, seriously defamed, insulted and spat on the victim, immediately before the shooting and in full awareness of the imminent execution.

3. The Federal Prosecutor General brought charges against the Syrian national Mohamad K. before the Higher Regional Court in Stuttgart with a bill of indictment submitted on 29 November 2018. The accused is alleged to have been a member of the Free Syrian Army, and to have exploited the control won by his group's military operations and the confusion of the civil war to torture two as yet unidentified persons between January 2012 and 20 January 2013 by beating them with rope-like implements. The two men were members of the so-called "Shabiha", irregular armed groups fighting on the side of the Syrian Government, and were considered government supporters by the accused and his fellow perpetrators.

The accused has been remanded in custody since 20 June 2018 on the basis of an arrest warrant issued by the investigating judge at the Federal Court of Justice in connection with this case.

4. The Federal Prosecutor General brought charges against the German national Sabine Ulrike Sch. on 20 December 2018 before the State Protection Division of the Higher Regional Court in Stuttgart. The accused is alleged to have been a member of the foreign terrorist organisation Islamic State (IS) and to have extensively appropriated property of the adverse party contrary to international law although this was not imperatively demanded by the necessities of the armed conflict. She is additionally accused of violations of the War Weapons Control Act and the Firearms Act.

The charges are based on the belief that the accused moved early in March 2014 into a house in Manbij with her husband in accordance with Islamic rites. This house had been seized by IS after the rightful occupants had fled from the terrorists, and was under the control of IS. They were furthermore provided with new household appliances which came from a factory plundered by IS. In June or July 2014 they then moved into a furnished flat in the centre of Raqqa. This property had also been seized by Islamic State after it had expelled the rightful occupants or they had fled from the grouping.

#### **IV. Investigative proceedings**

The Federal Prosecutor General also initiated several investigative proceedings in 2018. The following are worth specific mention:

1. The Federal Prosecutor General launched investigative proceedings in the case of the Iraqi national Mohammed Abbas Y. in November 2016. He is suspected of having been a member of Islamic State and, at the latest from 3 August 2014 until sometime in April 2015, of having been a militia leader in properties in Tal Afar, in and around Qasr El Maharab and in Mosul, all in Nineveh Governorate, which were used as prisons where Yazidi abductees were unlawfully held in catastrophic conditions. In this capacity, he is suspected of having beaten women and girls, of having organised and assisted in the sale of women and girls as slaves, and of acquiring two Yazidi women himself. He is also suspected of having raped a 17 year-old woman at least three times.

Upon an application lodged by the Federal Prosecutor General, the investigating judge at the Federal Court of Justice has issued an arrest warrant on the basis of these allegations. As a result, Mohammed Abbas Y. is wanted worldwide.

2. The Federal Prosecutor General commenced investigative proceedings in the case of Jamil A. H. in May 2018. He is suspected of having committed crimes against humanity in contravention of the Code of Crimes Against International Law. In his capacity as head of the

Syrian air force intelligence service, Jamil A. H. is suspected of several deeds committed between 29 April and August 2013 as part of a systematic and widespread attack directed against a civilian population in Syria individually, jointly with another or through another person, and as a military commander. These deeds include killing at least 352 people, torturing a yet to be determined number of people (at least seven), causing other physical or mental harm to a yet to be determined number of people (at least one), and of severely depriving, in contravention of a general rule of international law, a yet to be determined number of people (at least three other people), of their physical liberty. The Federal Court of Justice issued an arrest warrant for the suspect at the request of the Federal Prosecutor General. This arrest warrant has international validity.

3. The Federal Prosecutor General launched investigative proceedings in the case of the Syrian national Nehad S. in July 2018. He is suspected of various deeds between the start of 2011 and 17 August 2012, if not later, committed in his capacity as head of Tadmor prison near Palmyra individually, jointly with another or through another person, and as a military commander as part of a systematic and widespread attack directed against a civilian population. These include actively killing at least three people and torturing a yet to be determined number of people (at least nine) in his custody or otherwise under his control by causing those persons substantial physical or mental harm or suffering where such harm or suffering does not arise only from sanctions that are compatible with international law, as well as causing severe physical or mental harm to an as yet to be determined number of other people (at least nine).

4. The Federal Prosecutor General launched investigative proceedings in the case of Shahab Ahmed Al W. also known as "Abu Diab" in September 2018. He is suspected of having been active as a militia leader and a member of Islamic State in Tel Azir, Siba Sheikh Khidir, Kocho, Solagh, Mosul, Baaj and other towns in Nineveh Governorate in Iraq between 3 August 2014 and 5 November 2015. In this capacity he allegedly held Yazidi men, women and children captive, was involved in moving them into and overseeing their detention in properties in Siba Sheikh Khidir, Baaj, Kocho, Solagh and Mosul which had been converted into prisons, organised and assisted in the sale of women and girls as slaves, and of acquiring at least four Yazidi women or keeping them as slaves himself, one of whom was in Raqqa, Syria, for a time to look after him during curative treatment, and of raping at least three women and girls multiple times, one of whom was only 11 years old at the time of the offence.

Upon an application lodged by the Federal Prosecutor General, the investigating judge at the Federal Court of Justice has issued an arrest warrant on the basis of these allegations. As a result, Shahab Ahmed Al W. is wanted worldwide.

5. The Federal Prosecutor General has been conducting investigative proceedings in the case of Murat D. since November 2018. He is accused of participating in the trafficking of women and girls as a member of Islamic State (IS) between August 2014 and mid-2017. The suspect is alleged to have acquired two Yazidi women as slaves himself, one at least of whom he forcibly married and raped.